

2644/AB XX.GP

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Dr. Helene Partik-Pablé und Genossen vom 9. Juli 1997, Nr. 2715/J, betreffend Grenzübergang Nickelsdorf/Hegyeshalom, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Der in der Anfrage dargestellte Sachverhalt ist im Bundesministerium für Finanzen bekannt und war bereits Anlaß einer Besprechung mit den ungarischen Behörden, bei der die Beseitigung dieser Mißstände zugesagt wurde.

Bisher erfolgte aber lediglich eine geschlechterspezifische Trennung der Toilettenanlagen. Die versprochene Gebäudesanierung und die Verlegung eines neuen Abflusses ist noch ausständig, sodaß die in der Anfrage dargestellten Belästigungen leider noch nicht beseitigt werden konnten.

Zu 2.:

Das betreffende, in Containerbauweise errichtete Gebäude wurde im Rahmen der Bestandnahme der Amts- und Betriebsräume des Straßengrenzüberganges Hegyeshalom - Nickelsdorf mit Vertrag vom 12. April 1994, abgeschlossen zwischen der Republik Ungarn, vertreten durch die Landeskommandatur der Zoll- und Finanzwache, als Vermieterin und der Republik Österreich, vertreten durch das Bundesministerium für Finanzen, als Mieterin angemietet. Gemäß Pkt. 6 dieses Mietvertrages sind Instandsetzungen der Gebäude, der Anlagen und der technischen Einrichtungen einschließlich der gesamten Versorgungseinrichtungen von der Vermieterin auf eigene Kosten vorzunehmen.

Zu 3.:

Die österreichische Zollverwaltung ist bemüht, ihren Bediensteten auch bei Gemeinschaftszollämtern möglichst gute Arbeitsbedingungen zu bieten. Es wird daher unverzüglich beim ungarischen Finanzministerium darauf gedrängt werden, beim Gemeinschaftszollamt Hegyeshalom - Nickelsdorf diesbezüglich eine Gleichwertigkeit herzustellen und die Bedingungen bei den auf ungarischem Staatsgebiet befindlichen Arbeitsplätzen dem österreichischen Standard anzupassen.